



Erich Vad



Pioneer Expert, Strategie- und Sicherheitsexperte

Als Nachfolger Angela Merkels wird Olaf Scholz das Amt des Bundeskanzlers übernehmen. Er muss nun politische Führungsstärke unter Beweis stellen. Nicht zuletzt, indem er die Vielzahl offener Fragen und Herausforderungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in Angriff nimmt.

Der neue Kanzler **Olaf Scholz** sieht sich in der politischen Nachfolge von **Helmut Schmidt** und **Angela Merkel**. Das ist sicherlich eine gute persönliche Selbstverpflichtung für unser Land. Mandarf dabei aber nicht übersehen, dass Helmut Schmidt als Kanzler den in den 80ziger Jahren heftig diskutierten „NATO-Doppelbeschluss“ verteidigte und darüber stürzte. Olaf Scholz agitierte damals als Juso heftig dagegen. Und beim G20-Gipfel im Sommer 2017 hätte ein Helmut Schmidt sicherlich nicht wie der damalige Bürgermeister Olaf Scholz in der Philharmonie gesessen, als seine Stadt die schlimmsten Gewaltexzesse ihrer Geschichte erlebte.

Ein Politiker mit den politischen Genen eines Helmut Schmidt hätte in einem solchen Szenario sicherlich nicht das Prinzip „Leading from Behind“ platziert.

Er wäre ins Schanzenviertel gefahren und hätte politisch von vorne geführt. So wie er es vorexerzierte bei der Hamburger Flutkatastrophe 1962 oder später bei der Bekämpfung der RAF, der Befreiung der Geiseln durch die GSG 9 in Mogadischu 1977 und auch bei der Durchsetzung des besagten „NATO-Doppelbeschlusses“, der den Weg zur Überwindung der damaligen Spaltung Europas ebnete.

Als Olaf Scholz Hamburger Innensenator war, fühlte sich die späteren 9/11-Terroristen im Jahre 2001 und davor sehr wohl in Hamburg. Sie lebten unbehelligt in der Stadt und konnten sich in Hamburg in aller Ruhe und ungestört auf die monströsen Terroranschläge in New York und Washington vorbereiten. Als Bürgermeister Hamburgs war Olaf Scholz bekanntlich auch für „Cum-Ex-Geschäfte“ verantwortlich. Und: Das von ihm geführte Finanzministerium, in dem immerhin staatsanwaltliche Durchsuchungen stattfanden, merkte offenbar nichts oder erst sehr spät von milliardenhohen Bilanzfälschungen des Finanzdienstleisters *Wirecard*. Das ist eigentlich keine Erfolgsbilanz einer politischen Führungskraft.

Aber: Olaf Scholz überlebte politisch und immer lächelnd den Untersuchungsausschuss des Bundestages. Er konnte dabei jede politische Verantwortung von sich abweisen - genauso wie damals bei den G20-Exzessen oder auch als früherer Hamburger Innensenator.



Eines muss man Olaf Scholz lassen: Er hat die Vorwürfe gegen ihn, die im Wahlkampf bemerkenswerterweise kaum eine Rolle spielten, regelrecht an sich abfließen lassen, ist gelassen oder „cool“ geblieben. Diese Befähigung ist in der Berliner Republik nicht unwichtig. Hier und nicht an der Imitation der Raute erinnert er durchaus an **Angela Merkel**. Sie wurde bereits zu Beginn Ihrer Regierungszeit von dem damaligen US-Botschafter nicht ganz zu Unrecht in einem durch *Wikileaks* veröffentlichten Drahtbericht als „*Angela Teflon*“ bezeichnet.

Keine 100 Tage

Als Bundeskanzler wird Olaf Scholz keine 100 Tage Zeit bekommen, um seine Führungsstärke im Bundeskanzleramt unter Beweis zu stellen. Er wird im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz maßgeblich die Außen – und Sicherheitspolitik Deutschlands bestimmen müssen. Hier wird er zeigen und sich beweisen müssen, ob er an sein politisches Vorbild Helmut Schmidt heranreicht und die internationale Kompetenz und Anerkennung seiner Vorgängerin aufrechterhalten kann.

Olaf Scholz kann sehr schnell in prekäre sicherheitspolitische Entscheidungssituationen kommen, wenn man ohne rosa-rote Brille in die Welt schaut. Dann nimmt man deutlich den zunehmenden militärischen Druck Russlands auf die Ukraine wahr oder die Eskalation im südchinesischen Meer und in der Straße von Taiwan.

Ein begrenzter militärischer Angriff Russlands, zum Beispiel zur Besetzung des Donbass, ist angesichts der momentanen Truppenansammlungen an der ukrainischen Grenze eine ernstzunehmende Gefahr.

Der neue Kanzler wird sich nach dem Afghanistan- Desaster damit auseinandersetzen müssen, was realistische Ziele von Bundeswehreinsetzungen außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung sind. Die neue Verteidigungsministerin verfügt zwar über ministerielle Führungserfahrung, hat aber leider keine weitere Erfahrung in der Sicherheitspolitik. Immerhin war sie als Justizministerin Mitglied mit Stimmrecht im Bundessicherheitsrat.

Einfach mit der Bundeswehr so weitermachen wie bisher – etwa wie die 20 Jahre in Afghanistan oder jetzt im zehnten Jahr in Mali - wird nicht gehen. Warum und wozu sind wir dort im Einsatz, welches Ziel verfolgen wir konkret und welche Maßnahmen greifen – das sind berechtigte Fragen.

Das gilt auch für das drängende Thema der Migration: Sind wir in Afrika mit der Bundeswehr im Einsatz, um vorrangig Fluchtbewegungen in Richtung

Europa zu verhindern? Dann muss man das ehrlicherweise auch so sagen.

Das gilt auch mit Blick auf den Grenzschutz Polens mit Belarus, das in Abstimmung mit Russland Migranten als Waffe einsetzt, um die EU zu destabilisieren. Hier wird der neue Kanzler mit Blick auf seine eigene Partei und vor allem den grünen Koalitionspartner nicht umhinkommen, eine ausgewogene Balance zwischen humanitärem Imperativ und einer realistischen Ordnungs- und Stabilitätspolitik zu finden.

Wie sollte sich Olaf Scholz als Kanzler in der Außen – und Sicherheitspolitik aufstellen?

Den Bundessicherheitsrat aktivieren und die Nationale Sicherheitsstrategie anpacken

Wir brauchen zunächst dringend eine ressortübergreifende, unter Federführung des Bundeskanzleramtes erarbeitete „*Nationale Sicherheitsstrategie*“. Der Koalitionsvertrag sieht das so vor, und das ist gut so. Wir brauchen dazu kein neues Gremium wie einen Nationalen Sicherheitsrat. Der würde schnell an rechtliche Grenzen stoßen, und er passt weder zu deutschen Koalitionsregierungen noch zu unserer föderalen politischen Führungskultur. Er ist auch gar nicht nötig, wenn das Mindset des Kanzlers gesamtstrategisch ausgerichtet ist.

Der genuine politische Ort für das Entwerfen einer Nationalen Sicherheitsstrategie und ihrer praktischen Umsetzung in Regierungspolitik ist der Bundessicherheitsrat (BSR) unter Führung des Bundeskanzlers. Olaf Scholz muss ihn nur aktiver gestalten und häufiger zusammentreten lassen. Dabei sollte er die beteiligten Ressortminister in das Erarbeiten einer nationalen Sicherheitsstrategie einbeziehen. Hierzu bedarf es keiner neuen Strukturen und Gremien, lediglich einer personellen. Das funktioniert aber nur, wenn der designierte Kanzler hier einen festen politischen Willen gegenüber den Ressortministern hat. Er muss politisch durchsetzen, dass der Bundessicherheitsrat aktiviert wird.

Die drängenden sicherheitspolitischen Fragen unseres Landes gehören in Gänze auf seine Tagesordnung. Der Bundessicherheitsrat ist der Ort für politische gesteuerte Strategiebildung in Deutschland. Es ist gut, wenn die Diskussionen im Bundessicherheitsrat weiterhin unter „*geheim*“ stattfinden. Die Ergebnisse sollten jedoch offen kommuniziert, in Parlament und

Öffentlichkeit auch diskutiert werden. Es sollte aber nicht beim Austausch bleiben, sondern die Diskussionen sollten in eine Nationale Sicherheitsstrategie münden. Dies darf kein bloßes Minimal-Konsenspapier werden oder ein weiteres Kompendium der üblichen Floskeln, Allgemeinplätze und sicherheitspolitischen Bekenntnisse sein. Die gibt es schon zuhauf!

Es geht bei der zu entwerfenden Sicherheitsstrategie um das konkrete Ausbuchstabieren dessen, was wir sicherheitspolitisch wollen und was wir nicht wollen.

Dazu gehört vorrangig die Beantwortung folgender Fragen:

Welche ressortübergreifende Gesamtstrategie wollen wir gegenüber Russland und China verfolgen?

Welche Strategie wollen wir als führende europäische Volkswirtschaft in Europa gegenüber unserem wichtigsten Partner, den USA, verfolgen? Diese Frage stellt sich vor allem dann, wenn sich ein politisches Comeback von **Donald Trump** abzeichnet.

Wenn die Sicherheit Israels wirklich Teil unserer Staatsräson ist, dann müssen wir uns anders und strategisch gegenüber dem Iran aufstellen und die Frage beantworten, wie wir künftig mit dem Iran umgehen wollen?

Weitere Fragen gehören im Bundessicherheitsrat beantwortet:

Wie gehen wir mit der illegalen Migration an Europas Grenzen um?

Wie und wo wollen wir die USA in Europa und an seiner Peripherie entlasten?

Wo und wie findet die strategische Lastenteilung zwischen Europa und den USA konkret statt und wie sieht die deutsche Beteiligung mit der Bundeswehr aus?

Wie machen wir die Bundeswehr durch geeignete personelle, materielle und finanzielle Maßnahmen wieder „fit for fight“?

Wann und unter welchen Bedingungen wollen wir Auslandseinsätze mit der Bundeswehr durchführen? Sind unsere Ziele realisierbar? Wann und unter welchen Bedingungen gehen wir da wieder raus? Sind unsere Interessen gewahrt?

Was sind die nächsten konkreten Schritte zur vielbeschworenen europäischen Verteidigungsunion?

Wie verändern neue Technologien wie KI, Drohnen und Hyperschallwaffen unsere sicherheitspolitische Landschaft und wie reagieren wir darauf?

Das sind die Fragen, die Kanzler Olaf Scholz im Bundessicherheitsrat ergebnisorientiert diskutieren und beantworten sollte und zwar zunächst aus ressortübergreifender, nationaler Sicht. Die zu erarbeitende Sicherheitsstrategie muss das Ergebnis sein.

Nationale Positionen finden und Auslandseinsätze auf den Prüfstandstellen

Wo findet man Führungsstärke und eine führende Rolle Deutschlands in der aktiven Gestaltung der internationalen Sicherheitspolitik in den letzten 16 Jahren? Da wurde - ehrlich gesagt - recht wenig geboten. Und da bietet sich sicherlich eine große Gestaltungschance für die Ampel-Koalition unter Olaf Scholz, schon mit Blick auf die G7-Präsidentschaft oder die französische EU-Präsidentschaft im kommenden Jahr, deren Programmatik gerade zwischen Paris und Berlin ausgehandelt wird. Es war jedenfalls – parteipolitisch betrachtet – ein strategischer Schachzug von Olaf Scholz, die klassischen Sicherheitsressorts - Innen und Verteidigung - von der SPD zu besetzen. Wenn er hier mit seinen Ministerinnen Baerbock und Lambrecht erfolgreich agiert, kann er viel Zustimmung bei Bürgern erzielen, die traditionell eher der CDU oder FDP nahestehen.

Es warten große Konflikte auf uns, direkt vor unserer Haustür und zwar im politischen Gesamtspektrum von Wirtschafts-, Finanz-, Klima- sowie der Außen- und Sicherheitspolitik.

Wir brauchen dafür tragfähige und konsensfähige Konzepte und Antworten. Dazu reicht kein tagespolitisch getriebenes *Muddling Through* und ein politisches aufSicht fahren.

Gerade mit Blick auf drei politische Koalitionspartner, die unterschiedlicher in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung nichtsein können, darf der designierte Kanzler Olaf Scholz die politische Klärung nicht passiv abwarten. Wir brauchen eine in sich kohärente Sicherheitspolitik.

Dazu muss Olaf Scholz mit dem Bundeskanzleramt als politisches und strategisches Instrument vor der außen – und sicherheitspolitischen Welle agieren.

Es gilt vorrangig, unsere nationalen Interessen mit Blick auf die konkreten Themen der Sicherheitspolitik zu definieren, die Deutschland dann in die multilateralen Gremien wie G7, in der EU oder NATO vertritt. So machen es Frankreich und Großbritannien schon immer, während Deutschland sich in der Vergangenheit zu stark im Windschatten der anderen bewegte. Das ist nicht mehr zeitgemäß

Unsere Partner warten auf unsere Positionen. Unsere Partner und auch systemische Rivalen müssen endlich wissen, woran sie mit Deutschland sind, wofür und wogegen Deutschland in der Außen – und Sicherheitspolitik steht. Die diesbezüglichen Aussagen im Koalitionsvertrag sind sehr vage. Sie sollen den linken Flügel der SPD und die pazifistischen Fantasten bei den Grünen ruhig halten. Das ist verständlich, reicht aber nicht aus. Genau hier ist Olaf Scholz als Kanzler gefordert.

Olaf Scholz sollte mit Blick auf unsere Auslandseinsätze realpolitisch einschätzen: Sind unsere Ziele realisierbar? Wann und unter welchen Bedingungen gehen wir da wieder raus? Sind unsere Interessen gewahrt? **Mali** zum Beispiel läuft Gefahr, wie der 20-jährige Afghanistaneinsatz, eine unendliche Geschichte zu werden.

Nukleare Teilhabe mit Rüstungskontrolle verbinden

Die bei den Grünen kritisch gesehene nukleare Teilhabe scheint im Koalitionsvertrag abgeräumt zu sein. Oder doch nicht? Jedenfalls braucht die Bundeswehr bald für die altersschwachen Tornado- Kampfflugzeuge Nachfolgesysteme, die die nuklearen Operationen im Ernstfall durchführen müssten.

Denkbar und wahrscheinlich wird hier ein Kauf der amerikanischen F- 18 Super Hornet, aber auch F-36, der sowieso der heimliche Favorit der

deutschen Luftwaffe war und ist.

Man wird sehen, wie sich der linke Flügel der SPD um **Rolf Mützenich** und **Kevin Kühnert** sowie die Grünen, die in ihrem Wahlprogramm noch die nukleare Teilhabe infrage stellten, in der Stunde der Entscheidung positionieren. Auch hier ist Führungsstärke aus dem Kanzleramt gefragt.

Zugegeben: in Zeiten von Hyperschallwaffen, präzisen Kurz – und Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles gibt es technologisch bessere Möglichkeiten als taktische Nuklearwaffen im Weltkrieg-II-Modus zu transportieren, irgendwo auszuklinken und zurückzufliegen.

Man fragt sich, warum in der Vergangenheit niemand auf die Idee gekommen ist, dieses veraltete Verfahren mit veralteten Flugzeugen, die kaum noch gegnerische Luftverteidigungssysteme durchdringen können, nicht für Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen zu nutzen?

Zudem: die Abschaffung taktischer Nuklearwaffen aus Deutschland stand schon im Wahlprogramm der FDP vor Beginn der schwarz-gelben Regierung. Die Grünen erkennen zudem, dass es der „Zwischenschritte“ bedarf, um sich dem visionären Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu nähern. Das lässt viel politischen Spielraum für taktische Kompromisse in dieser Frage. Wichtig ist auch hier die politische Führung aus dem Bundeskanzleramt.

Ein einseitiger Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe wäre nicht gut für unsere nationale Sicherheit, und er würde auch die NATO schwächen.

Drohnen-Bewaffnung der Bundeswehr und 2%-Ziel der NATO durchsetzen

Das gilt auch für die immer noch umstrittene Frage der Anschaffung bewaffneter Drohnen, die aus keinem künftigen Konflikt mehr wegzudenken sind. Es ist unverständlich, dass sich die SPD-Jugend mehrheitlich dagegen ausspricht. Die SPD Jugendorganisation hat sich auf ihrem letzten Bundeskongress mit großer Mehrheit gegen bewaffnete Drohnen in der Bundeswehr ausgesprochen. Hier muss Olaf Scholz hart bleiben wie sein Vorbild Helmut Schmidt damals, als er noch als Jusos anderer Meinung war.

Eine weitere sicherheitspolitische Baustelle für Olaf Scholz bleibt die von Teilen seiner Partei und der Grünen geforderte „Ächtung autonomer, tödlicher Waffensysteme“. Dem kann man zwar zustimmen. Die dringend notwendige Drohnenbewaffnung der Bundeswehr ist davon gar nicht betroffen.

Autonome, KI-gestützte Drohnenschwärme jeder Größenordnung sind personalsparende Systeme von großer Zerstörungskraft. Im Unterschied zu atomaren Waffen, über die nur wenige Staaten verfügen, sind sie - wie auch biologische Waffen - vergleichsweise sehr preiswert und vor allem für jedermann zugänglich. Die Proliferation läuft bereits ungebremst. Hier wären deutsche Initiativen - auch solche zur Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung - sicherlich sehr willkommen.

Die Ablehnung der Grünen der vor 20 Jahren erfolgten Zusage des 2-Prozent-Ziels der Nato bietet weiterhin politischen Zündstoff in der neuen Regierung. Die Ampel-Regierung will 3 Prozent des BIP für „Internationales Handeln“ ausgeben – also Verteidigung, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit. Hier darf Kanzler Scholz nicht zulassen, dass die 3-Prozent-Idee zur sicherheitspolitischen Mogelpackung wird und sich Deutschland faktisch vom Zwei-Prozent-Ziel der Nato verabschiedet. Das würde jedenfalls mit der Selbstverpflichtung aller Nato-Mitglieder, bis 2024 die zwei Prozent erreicht zu haben, kollidieren. Im Wahlprogramm der Grünen gab es dazu bereits eine eindeutige Absage, und auch in seiner eigenen Parteigilt es das durchzusetzen

Rüstungsexporte als Instrument der Außenpolitik nutzen

Ein Rüstungsexportkontrollgesetz wird deutsche Rüstungsexporte noch stärker einschränken und die Lage der deutschen wehrtechnischen Industrie nicht gerade verbessern.

Vielleicht schafft es die Ampel-Regierung unter Olaf Scholz, auf ideologische Imperative zu verzichten. Sie sollte einmal pragmatisch vorexerzieren, dass der Export von Waffen und militärischer Ausrüstung ein sehr effektives Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik sein kann, wenn man das politisch will und operativ nutzt.

Dies gilt auch für die EU-Ebene in **Brüssel**. Wenn die Ampel-Regierung die EU als sicherheitspolitischen Akteur in den Sattel heben will, dann gehört dazu, dass wir europaweit gleiche Standards und Normen für die Rüstungsexportpolitik haben müssen. Dann ist es einfach kontraproduktiv, deutsche Sonderwege anzustreben. Der jeweilige Exporteur kann zudem dosiert politischen Einfluss auf den Empfänger von Rüstungsgütern ausüben. Er kann das politische Verhalten des Empfängerlandes - etwa durch Lieferverzögerungen von Exporten oder wichtigen Ersatzteilen - beeinflussen. Die Lieferung von Waffen und militärischen Gütern in andere Länder kann auch zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen sowie der internationalen Sicherheitslage und zur politischen Vertrauensbildung beitragen.

Die Bundeskanzlerin **Angela Merkel** hatte diese Idee 2011 in Berlin einmal so formuliert: Wenn wir nicht überall selbst intervenieren wollen und sollen, dann müssen wir unsere politischen Freunde in der Welt im Gesamtspektrum von *good governance* und Ausrüstungshilfe dazu „ertüchtigen“. Diese sogenannte „*Merkel-Doktrin*“ ist nach wie vor überlegenswert und sollte in eine „*Scholz-Doktrin*“ überführt werden.

Die Bundeswehr zukunftsfest machen

Auch die von CDU/CSU politisch mitgetragene mittelfristige Finanzplanung der Bundeswehr ist nicht gerade zukunftsfest, wenn man ernsthaft eine einsatzbereite Bundeswehr will. Sie kann sich als schwere Hypothek für die künftige Oppositionsarbeit in der Verteidigungspolitik erweisen. Diese Finanzplanung macht die von der damaligen Verteidigungsministerin **Ursula von der Leyen** von der Sache her richtigen, aber personell, materiell und finanziell nicht unterfütterten „*Trendwenden*“ in der Bundeswehr weitgehend zur Makulatur. Sie erweisensich als regelrechte politische Luftbuchungen. Dazu kommt, dass die neue Regierung unter Olaf Scholz angesichts der Corona-Ausgaben sparen müssen. Wer weiß das besser als der ehemalige Finanzminister Olaf Scholz, der Corona bedingt einen Staatshaushalt mit tiefroten Zahlen zurückließ.

Olaf Scholz muss von der zukünftigen Verteidigungsministerin ein realisierbares Konzept verlangen für die künftige Aufstellung sowie die Erhöhung der personellen und materiellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.

Dabei sollte das BMVg „Potemkinsche Dörfer“ vermeiden, sondern deutlich sagen, wie die Lage der Bundeswehr wirklich ist. Angesichts einer ins Wanken geratenen Weltordnung sind einsatzbereite Streitkräfte als politische Rückversicherung unumgänglich. Die postheroischen Vertreter der neuen Regierung und der sie tragenden Parteien sollte Kanzler Scholz daran erinnern, dass es militärische Stärke war, die den Sieg über Hitler-Deutschland im Zweiten Weltkrieg ermöglichte, die Frieden, Demokratie und Freiheit im Kalten Krieg bewahrte und zur Überwindung der Spaltung Europas maßgeblich beitrug.

Das ist gilt auch heute. Die militärische Bedrohung seiner Nachbarn durch **Russland** und die massive Aufrüstung **Chinas** zeigen, dass eine Außen- und Sicherheitspolitik ohne militärische Stärke und ohne einsatzbereite Streitkräfte politisch nicht zielführend ist. Sie zeigt auch, dass unsere Soldaten mehr sein müssen als uniformierte *Streetworker*, Brunnenbohrer und Pandemiebekämpfer.

Europa militärisch handlungsfähigmachen

Sehr kritisch muss man aus Sicht der europäischen Rüstungskoooperation die laufenden Einstufungen und Anlagekriterien der EU-Kommission nach ESG-Maßstäben sehen. Hier muss die Ampel-Regierung unter Olaf Scholz bei der EU in Brüssel durchsetzen, dass Sicherheit und Verteidigung als *conditio sine quanon* von Nachhaltigkeit ist und dafür werben, eine Diskriminierung der europäischen Rüstungskoooperation zu verhindern.

Man kann nicht EU-seitig „strategische Autonomie“ und Souveränität als Ziele formulieren und gleichzeitig die dazu erforderliche Rüstungszusammenarbeit als nicht-nachhaltig klassifizieren. Das passt nicht zusammen.

Kanzler Scholz muss den weiteren Ausbau der militärischen Zusammenarbeit innerhalb der EU und die Bündelung der militärischen Fähigkeiten der Europäer vorantreiben. Die mit Recht geforderte „EU-Sicherheitsunion“ darf dabei kein Konkurrenzunternehmen zur NATO werden. Wenn es darum geht, dass genuin europäische Sicherheitsaufgaben von Europäern gelöst werden, sind wir auf dem richtigen Weg der Lastenteilung im Bündnis. „Gemeinsamen

europäischen Kommandostrukturen“ – wie von Teilen seiner Partei und der Grünen gefordert - sollte Kanzler Scholz schon aus Gründen der Nicht-Finanzierbarkeit eine klare Absage erteilen.

Sicherlich ist der Ausbau der EU hin zu einer globalen Gestaltungsmacht notwendig.

Deutschland als Zentralmacht in der Mitte Europas sollte diesen Prozess weiter aktiv vorantreiben. Nur wenn es den Europäern zusammen mit den USA überzeugend gelingt, in Europa gegenüber Russland und in Asien gegenüber China eine glaubwürdige Abschreckungsarchitektur aufzubauen, bleibt unsere freie Welt und Lebensform auf Dauer erhaltbar. Wenn wir jedoch weiterhin gegenüber neuen strategischen Herausforderungen gleichgültig bleiben, werden wir einen Dualismus zwischen den USA und China bekommen und als Europäer einfach übergangen. Es ist dann für Europa so, wie es bereits **Thukydides** vor mehr als 2400 Jahren beschrieb:

„ Die Großen tun, was sie können, die Kleinen tun, was sie müssen“

Genau dies gilt es durch ein führungs- und gestaltungsmächtiges Deutschland unter Olaf Scholz zu verhindern.

